Nr. 70 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 13. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19528, 13656, 13697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundpreis, 20 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 41 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 25.—. Bei Ziffern- oder Nachweisgebühr 50 v. H. Postscheckkonto. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Postversendung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.30, vierteljährlich M. 6.90. Postbezug in Deutschland monatlich M. 2.70, vierteljährlich M. 8.10, ausschließlich Postbestellgeld. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Eine neue Note zu den Auslieferungsprozessen

Die deutsche Regierung hat am 10. März durch ihren Vertreter, den Gesandten Mayer, die Antwort auf die Note Lloyd Georges vom 13. Februar überreichen lassen. Bekanntlich hat die Note der Alliierten die Forderung aufgestellt, daß das Urteil in Leipzig einen Maßstab geben soll dafür, ob die Entente es noch ferner zulassen könnte, daß die „Kriegsverbrecher" von deutschen Gerichten weiter aburteilt werden sollen. Die Regierung hat nun auf diese Kundgebung eine würdige Antwort erteilt. Reichsminister Müller hat in der Nationalversammlung Kenntnis von dem Inhalt der Antwortnote gegeben, die in einem ruhigen Ton gehalten ist, der keinem übertriebenen Nationalismus Raum gibt. Gleich im Anfang tritt die Regierung einer Auffassung über die Verurteilung entgegen, die von vornherein auf eine Kontrolle des höchsten deutschen Gerichts mit dem Willen der Entente spekuliert. Die Regierung teilte den Alliierten mit, daß mit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes, das dem Reichsgericht die Entscheidung dieser Spezialfälle überträgt, die Mission der Regierung erfüllt sei. Im übrigen habe sie nicht die Macht, irgendwie auf die Urteilsfindung einzuwirken. Es wird dabei besonders hervorgehoben, daß die Entscheidung des weltberühmten deutschen Gerichts sich anerkanntermaßen von keinerlei persönlichen und politischen Rücksichten leiten läßt. Maßgebend sei für den Richter nur das Recht, und nur die Sache selbst dürfe die Grundlage für die Untersuchung und den Urteilsspruch bilden. Wörtlich heißt es:

„Inzwischen stellt der Ueberreichung der Auslieferungslisten — d. Red.) ist ein von der deutschen Regierung eingebrachter Gesetzentwurf zur Ergänzung dieses Gesetzes von der Nationalversammlung angenommen worden. Die Vorschriften dieses Gesetzes geben alle denkbaren gesetzlichen Garantien für eine erschöpfende unparteiische Untersuchung. Damit ist auch die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den von den Alliierten gemachten Vorbehalten von selbst gegeben. Das Reichsgericht, das die Verfahren nicht auf Grund von Ersuchen fremder Staaten, sondern auf Grund der deutschen Gesetze durchzuführen hat, kann und wird sich hierbei, getreu seinen hohen Ueberlieferungen, nur durch die Rücksicht seiten lassen, daß dem Recht Genüge geschieht. Es wird Recht sprechen ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf politische Folgen. Es kann daher auch sicher sein, daß seine Entscheidungen die Anerkennung der gesamten zivilisierten Welt finden werden."

Die Note nimmt dann noch auf die beschuldigten Deutschen Bezug, die im besetzten Gebiet dem Zugriff der Ententegerichte bereits unterworfen seien. Die Regierung spricht die Erwartung aus, daß keine weitere Verurteilung stattfinden werde und die noch schwebenden Verfahren ebenfalls dem Leipziger Gerichtshof überwiesen werden. Zum Schluß geht die Note auf eine Lücke im Versailler Vertrag ein, die dahin ausgefüllt werden müßte, daß eine gegenseitige Amnestie der Kriegsverbrechen stattfindet. Sie verlangt, daß die Alliierten von ihrem Standpunkt zurücktreten, solche Deutsche, die in den Listen nicht aufgeführt sind, wegen der von ihnen während des Krieges etwa begangenen Verbrechen, falls sie auf alliiertem Gebiet betroffen werden, vor ihren Gerichten zur Verantwortung ziehen zu wollen. Alle durch die Kriegsverhältnisse bedingten Vorkommnisse sollen vielmehr mit dem Eintritt des Friedenszustandes der Vergessenheit anheimgegeben werden. Die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen sei sonst kaum denkbar, und die deutsche Regierung könnte andernfalls auch ihrerseits gezwungen werden, zur Sühne der von den alliierten Staatsangehörigen während des Krieges gegen Deutsche begangenen grobbaren Handlungen Maßnahmen zu treffen.

Für die deutsche Regierung war die Art der zu erteilenden Antwort von vornherein selbstverständlich. Wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß die Entente sich bei der Abfassung ihrer Note über den mutmaßlichen Inhalt der Antwort klar war. Aber ihr kam es wohl darauf an, ihren Rückzug in der Auslieferungsfrage durch einen Gegenangriff zu verschleiern. Für uns Deutsche war, wie gesagt, die Antwort die einzige, die in Betracht kam. Worüber man sich nur streiten könnte, ist der Ton, in dem die Antwort zu erteilen war. Gar manche werden für eine schärfere Sprache angesichts der verletzenden Zumutung eines „Probeverfahrens" gewesen sein. Dem kann man vielleicht aus „Gefühlsmomenten" zustimmen mit Rücksicht auf die geringe Einschätzung des deutschen Rechtsempfindens. Allein die Regierung muß von rein vernünftigen Gesichtspunkten ausgehen. Vernunft und praktische Erfahrung aber lehren, es sei zweckmäßiger, der Entente im ruhigen, vornehmen Ton zuzureden, weil wir nur auf diese Weise hoffen können, die Entente nach und nach zum Rechtsstandpunkt zu bekehren.

Die Vernichtung des Kriegsmaterials

WTB. Berlin, 11. März. Noch Pressemeldungen hat der Ministerpräsident Millerand behauptet, daß Deutschland die militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verletze, indem es Waffen verbergen halte und andres. (Einen Auszug der hier erwähnten Rede Millerands, die er vor der Kommission für auswärtige Politik in Paris gehalten hat, brachten wir in unserer letzten Dienstagausgabe, D. Red.) Im Anschluß an diese Aeußerung hat Millerand wieder die Drohungen ausgesprochen, die bereits aus seiner Kehlenote bekannt waren, und Unterbrechung der Räumungsfristen und Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete in Aussicht gestellt.

Hierzu wird dem Wolff-Bureau von zuverlässiger Seite u. a. geschrieben: Deutschland denkt nicht daran, irgendwelche geheimen Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorgänge spielen sich vor den Augen der Ententekommissionen ab, die mit zahlreichen Unterkommissionen das ganze Reich überschwemmt haben. Sämtliche in den Händen der Armee und des Reichsschatzministeriums befindlichen Waffen werden vielmehr den zuständigen Ententeausschüssen pflichtgemäß angezeigt. Wenn der französische Ministerpräsident glaubt, Reichswehr darüber führen zu müssen, daß Deutschland eigenmächtig Kriegsmaterial zerstört habe, so ist dem entgegenzuhalten: der Sinn des in Frage kommenden Artikels 169 des Friedensvertrages kann für jeden Billigdenkenden nur darin gesucht werden, daß das überzählige Kriegsgerät Deutschlands so schnell und restlos wie möglich zerstört wird, und zwar auf deutschem Gebiete. Es wird darin ausdrücklich festgesetzt, daß die Auslieferung dieses Gerätes an die Ententemächte zur Zerstörung auf deutschem Gebiete erfolgen solle. Wenn also Deutschland schon seit Abschluß des Waffenstillstandes, also noch vor dem Inkrafttreten der betreffenden Vertragsbestimmungen, mit dem Zerschroten von Kriegsmaterial begonnen hat, so hat es damit gerade durchaus im Sinne dieses Artikels gehandelt.

*

Revision der italienischen Ansprüche

Zürich, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Der „Secolo" meldet aus Rom, daß der italienische Ministerrat unter Vorsitz Nittis in seiner Montagssitzung einer Revision der Schadenersatzansprüche an Deutschland und Oesterreich zustimmte, jedoch zu einer Festlegung auf eine bestimmte Summe vorerst sich außerstande erklärt.

*

Die Gesamtforderung

Zürich, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Lyoner „Progrès" erfährt aus Paris, daß die Wiedergutmachungskommission die Festsetzung der Gesamtforderungen an Deutschland bis zum Eingang der deutschen Vorschläge, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfolgen hätten, vertagt habe. Die Verhandlungen über Herabsetzung der Gesamtsumme seien noch in der Schwebe, ohne die bisherigen optimistischen Erwartungen der englischen Zeitungskorrespondenten zu rechtfertigen.

*

Die internationale Anleihe für Deutschland

Rotterdam, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Times" melden, ist die Gewährung einer internationalen Anleihe an Deutschland von einem vorherigen Antrage Deutschlands bei den Alliierten abhängig. Die alliierten Regierungen legen dem entsprechenden deutschen Antrage für die beiden nächsten Wochen entgegen.

*

Der steigende Kurs

Zürich, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Mark ist gestern in Zürich auf neuneinhalb Centimes gestiegen gegenüber 6 Centimes am letzten Sonnabend. Im freien Handel wird die Mark dem „Züricher Anzeiger" zufolge mit elf Centimes in Zahlung genommen.

*

Die Ausnutzung der Valuta durch Ausländer

Karlsruhe, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Vom 1. bis 10. März haben in Karlsruhe über 30 000 Ausländer geweilt, die Masseneinkäufe unter Ausnutzung der günstigen Valutaverhältnisse bewirkten. Auch Mannheim ist von Ausländern förmlich überschwemmt.

*

Frankreich kennt keine Einsicht

Rotterdam, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer „Daily Mail"-Meldung aus Paris hat Frankreich bei dem Hohen Rat der Alliierten Maßnahmen zur Durchführung der vertraglichen deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich beantragt. Die Rückstände der deutschen Kohlenlieferungen hätten 70 Prozent der vertraglichen Verpflichtungen erreicht.

*

Der letzte Transport aus Frankreich

Karlsruhe, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Straßburger Neuen Zeitung" aus Paris verläßt am 22. März der letzte deutsche Kriegsgefangenentransport französischen Boden.

*

Ein Dementi

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Zeitungsmeldungen von angeblichen Massenanwerbungen für die Fremdenlegion im besetzten Gebiet liegen bestätigende Nachrichten bei der Reichsregierung nicht vor. Die Mainzer Meldung, daß täglich 20 bis 30 und mehr Personen, angeworbene Fremdenlegionäre, in Trupps den Sammellagern im besetzten Gebiet zugeführt würden, wird für nicht zutreffend gehalten.

*

Die Verhandlungen mit Rußland

× Berlin, 11. März. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Ueber die ausschließlich durch die Reichszentralstelle über den gegenseitigen Austausch der Gefangenen geführten Verhandlungen mit den hierzu bevollmächtigten Vertretern der Sowjetregierung werden geflissentlich unrichtige Mitteilungen verbreitet. Die Verhandlungen nehmen einen glatten Verlauf, lediglich die technische Durchführung des Abtransportes bereitet noch Schwierigkeiten. Es wird erneut ersucht, nur amtlichen Nachrichten Glauben zu schenken.

*

Das Zivil-Schiedsgericht in Paris

Das Wolff-Bureau meldet aus Paris: Das gemischte Schiedsgericht zur Schlichtung zivilrechtlicher Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen, das der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, hat sich konstituiert und wird am nächsten Mittwoch eine feierliche Eröffnungssitzung abhalten. Das Schiedsgericht umfaßt vier Abteilungen, die je aus einem von Neutralen noch zu bestimmenden Vorsitzenden, je einem deutschen und einem französischen Schiedsrichter bestehen werden. Als deutsche Richter werden wirken: Justizrat v. Richthofen in Leipzig, Felix Bondi, Justizrat in Dresden, Dr. Herwegen in Düsseldorf und Amtsrat Bielefeld in München.

Ein unpolitischer Kongreß der Intellektuellen

T. Salzburg, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Mai d. J. soll in Bern der erste europäisch-amerikanische unpolitische Kongreß aller Intellektuellen zusammentreten, um die alten Beziehungen zwischen Künstlern und Kulturen aller Länder laut zu bekräftigen. Nun haben die deutschen, österreichischen und slawischen Vertreter den Einwand erhoben, daß ein Kurzaufenthalt in der Schweiz beim Tiefstand der Valuta zu kostspielig wäre. Die Engländer, Franzosen und Amerikaner ihrerseits sprachen die Bereitwilligkeit aus, den Kongreß in ein andres Land zu verlegen. Wie das „Salzburger Volksblatt" authentisch erfährt, ist in erster Linie Salzburg in Aussicht genommen, und zwar beabsichtigt das Komitee in Bern, um keine Schwierigkeiten in der Ernährungslage heraufzuführen, der Stadt Salzburg eine Lebensmittelspende zu überweisen, die den Verbrauch der Kongreßteilnehmer übersteigen wird. An dem Kongreß werden u. a. teilnehmen die Gruppe Claris mit Romain Rolland und Henri Barbusse, die führenden englischen, deutschen und neutralen Künstler sowie Delegierte Amerikas.

Die Balkanpolitik der Entente

Basel, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Londoner Konferenz soll beschlossen haben, die Besetzung der adriatischen Küste durchzuführen. Man wolle bei den Armeniern das Gefühl erwecken, daß sie wirklich geschützt werden, und der Türkei beweisen, daß die Alliierten entschlossen sind, gegen weitere Greuel schonungslos vorzugehen. Der Berichterstatter des „Corriere della Sera" meldet, daß besetzte Konstantinopel solle nur als Pfand dafür dienen, die Annahme der Friedensbedingungen durch die türkische Regierung und die Nationalisten zu sichern.

TA. Paris, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „K. Z." meldet: Der Londoner Berichterstatter des „Temps" sagt, die Besetzung Konstantinopels solle eine disziplinarische sein. Sie sei nicht zu verwechseln mit der durch den Waffenstillstand erfolgten militärischen. Sie bestehe darin, daß alliierte Abteilungen gewisse strategische Punkte von Konstantinopel und den beiden Ufern des Goldenen Horns besetzen wollen. Es sollen auch gewisse Punkte des Marmarameeres und des Schwarzen Meeres besetzt werden. Venizelos habe 90 000 Mann der griechischen Armee für diese Strafmaßnahme allein für den Bezirk von Smyrna angeboten. Die amerikanische Regierung sei ersucht worden, sich am Schutz der Armenier zu beteiligen.

Unsre Beziehungen zu Rußland

Berlin, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hatte sich, wie wir erfahren, gestern im Reichstagsgebäude zur Entgegennahme eines Vortrages des Reichsministers für auswärtige Angelegenheiten über die Frage der Wiederanbahnung der Beziehungen zu Rußland versammelt. Der Vortrag war im wesentlichen eine Wiederholung des von Minister Müller kürzlich im Hauptausschuß erstatteten Referats. Die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Aufnahme intensiver wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetrepublik wurde betont, anderseits aber auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die der Verwirklichung des Planes entgegenstehen. Auch der Reichskanzler war zu dem Vortrag erschienen. Von zuständiger Seite erfahren wir, daß die deutsch-russischen Verhandlungen einen glatten Verlauf nehmen. Es bestehen indes über die technische Durchführung des Rücktransports Schwierigkeiten. Auf beiden Seiten ist indessen der gute Wille vorhanden, zu einer Einigung zu kommen. Ob der Durchtransport sofort aufzunehmen ist, hängt im wesentlichen von der Stellungnahme der Randstaaten im Osten und insbesondere von der Stellungnahme Polens ab.

Die besondere Vertretung Ostpreußens

Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Die unter dem Vorsitz des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch aufgenommenen Verhandlungen mit der unter Führung des Oberpräsidenten Winnig stehenden ostpreußischen Abordnung sind zum vorläufigen Abschluß gelangt. Es wurde zunächst eine Einigung darüber erzielt, daß in Berlin eine besondere Ostpreußenstelle errichtet wird. Es wurde ferner vereinbart, daß in den Reichswirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium sofort je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer aus der Provinz Ostpreußen berufen werden soll. Die möglichst umgehende Berufung des Bezirkswirtschaftsrates ist ebenfalls in Vorbereitung. Weitere Verhandlungen werden noch folgen. Sie werden sich insbesondere befassen mit dem Wunsche nach Schaffung eines besonderen Referats für Ostpreußen im Auswärtigen Amte, das mit einem Landeskenner besetzt werden soll, weiter mit dem Verkehrsproblem und der Frage der militärischen Sicherung Ostpreußens.

*

Sahm Vorsitzender des Staatsrates

Danzig, 12. März. Zum Vorsitzenden des Staatsrates für den zukünftigen Freistaat Danzig wurde der Oberbürgermeister Sahm gewählt. In Danzig ist eine englisch-amerikanische Abordnung eingetroffen mit der Aufgabe, den Gesundheitszustand der Kinder zu beobachten und eine Hilfsaktion für die Danziger Kinder einzuleiten.

*

Verwahrung gegen die Uebergriffe

Das Wolff-Bureau meldet: Die interalliierten Kommissionen für die Abstimmungsgebiete von Oberschlesien, Ostpreußen und Westpreußen haben in den letzten Tagen eine Reihe von Verordnungen erlassen, wodurch in weitgehendem Umfange in die Gerichtsorganisation und das Gerichtsverfahren eingegriffen wird. Alle diese Maßnahmen stehen mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch. Die deutsche Regierung hat aus diesem Grunde sowohl bei den interalliierten Kommissionen als auch bei der Friedenskonferenz in Paris aufs nachdrücklichste Verwahrung gegen die getroffenen Anordnungen eingelegt. Sie hat dabei auf die zweifellos eintretende schwere Erschütterung der Rechtssicherheit hingewiesen.

*

Neue Briefmarken im Abstimmungsgebiet

Nach den „Neuen Westpr. Mitt." sind durch eine Bekanntmachung der interalliierten Kommission für das Abstimmungsgebiet Marienwerder mit Wirkung vom 12. d. M. an neue Postwertzeichen eingeführt worden. Die alten Briefmarken können bis einschließlich den 20. d. M. verwandt werden.

Erzberger und Helfferich

Das Urteil

4 Berlin, 12. März. (Eig. Drahtbericht)

Im Erzberger-Helfferich-Prozeß wurde heute vormittag 10½ Uhr das Urteil gesprochen. Es lautet wegen übler Nachrede und formaler Beleidigung aus den §§ 185 und 186 des StGB. auf eine Geldstrafe von 300 Mark bzw. 30 Tage Gefängnis. Die Druckschriften und die Publikationen in der „Kreuzzeitung" werden beschlagnahmt und die Platten vernichtet. Dem Nebenkläger steht das Recht auf Publikation des Urteils in sämtlichen Zeitungen zu. Die Kosten des Verfahrens und sämtliche Gerichtskosten des Nebenklägers fallen dem Angeklagten zur Last.

(Die Urteilsbegründung siehe auf Seite 2.)

* * *

Sieben Wochen lang wurden diese Männer und ihr Prozeß leidenschaftlicher und ausgiebiger erörtert als lebenswichtige Probleme deutscher Wirtschaft und Wehrhaftigkeit. Auch das ist für uns und unsre Zeit symptomatisch. Denn dieser Prozeß hat ja den Finanzminister Erzberger nun nicht plötzlich ganz anders gemalt, als sein allen Wissenden geläufiges Porträt über ihn aussagt. Niemand hat geglaubt (wenn nicht politische Kinder), einer, der frei sei von Schuld und Fehle, klettere die Leiter so empor wie der Sohn des armen Briefträgers aus dem kleinen schwäbischen Nest und komme da an, wo er angekommen ist, ohne abgerissene Knöpfe und ohne schwarzes Fleckchen am weißen Gewand makelloser Tugend. Es ging ja überhaupt nicht um Tugenden oder Laster des Reichsfinanzministers. Was wir miterlebten, war ein durchaus politischer Prozeß. Das Privatleben und die menschlichen Sünden Erzbergers wurden von Helfferich nur beleuchtet, bestrichen, für alle und vor allen ausgebreitet, weil er den politischen Gegner treffen wollte. Dies ist ihm gelungen. Wie immer das Urteil ausgefallen wäre, ob Herr Helfferich nun mit dreihundert oder mehr oder weniger Papiermark „heraus" wurde — Erzbergers, des Staatsmannes Uhr ist abgelaufen. Es sind in diesem Prozeß Dinge erörtert worden, deren Erörterung ein Reichsfinanzminister nur ertragen kann, wenn sie ganz und gar auf Erfindung beruhen. So waren die Dinge indessen nicht gestellt. Und es ging dabei um Eigentumsbegriffe. Um mündbare Werte. Um Forderungen, die ein höchster Reichsbeamter an alle Bürger dieses Reiches stellt: „Entbehren sollst du, sollst entbehren . . ." Während er zum mindesten sich Konzessionen zugestanden hat. Und es ging um Geschäfte, die an sich zu einem großen Teil erlaubt, von einem Regierenden gemacht, seinen besonderen Duft bekommen, der sich mit dem Wohlgeruch eines jederzeit frischgelüfteten Ministerzimmers nicht vereinigen läßt.

Dies alles zugegeben, muß man gerechterweise sagen, daß Herr Erzberger eine Prozedur aufgehalten hat, die viele, die aus dem Glashause mit Steinen werfen, an seiner Stelle zweifellos vermieden hätten. Er selbst hat auf Anzapfungen Helfferichs mit Beleidigung und Herausforderung so erwidert, daß er sich die Vermeidung des Strafprozesses selber unmöglich machte. Hält man diese Tatsache zusammen mit seiner Verteidigungsrede, so wird man — mag einem Erzberger persönlich noch so unsympathisch sein — ihm zugestehen müssen, daß er die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten vielfach in gutem Glauben überschritten hat. Erzberger hat richtig und falsch, gut und schlecht gehandelt in einem Zeitraum von vielen Jahren, den sein persönlichster Feind durchblättert hat, wie nur persönlichste Feindschaft es vermag. In diesem Prozeß gewann das aber (unter einer zusammenschiebenden Perspektive) den Anschein, als habe er nichts andres getan, als öffentlich den Tugendsamen zu spielen, heimlich der übelste Geldraffer zu sein. Erzberger hat nun in seiner Verteidigungsrede erklärt, er verlasse das Finanzministerium ärmer, als er es betreten habe. Zum erstenmal sprach er hier von seinem Rücktritt, mit dem ja ohnehin zu rechnen war. Diese Behauptung Erzbergers müßte sich als eine kurzlebige Lüge erweisen, wenn die Steueruntersuchung den Beweis des Gegenteils erbrächte. Nach den letzten Berliner Meldungen hat aber Erzberger in seiner Steuererklärung nach dem Ergebnis der Untersuchung keine wissentlich falschen Angaben gemacht. So schlecht rechnet Erzberger auch wohl kaum. Man muß daher annehmen, daß er als Finanzminister nicht bereicherter geworden ist. Doch das wird sich ja bald öffentlich erweisen. Man braucht sich auf Vermutungen gar nicht einzulassen. Am wenigsten in diesem Augenblick. Denn es ging ja hier um Austragung politischer Gegensätze im Gerichtssaal.

Man kann nicht sagen, auch wenn man alles das in vollem Maße gelten läßt, was die Untersuchung an tatsächlichem Material zugunsten Erzbergers ergeben hat oder auch nur zu ergeben schien, daß die politische Atmosphäre durch ein reinigendes Gewitter ozonreicher geworden ist. Hat sich z. B. der 7. Juli 1917, oder die Friedensfreundschaft unmittelbare innerste Bedeutung der Friedensresolution so geklärt, daß das große Welt-Schuldzuschieben von rechts nach links, von links nach rechts nun aufgegeben wurde? Im Gegenteil. Herrn Erzbergers Geschäftigkeit und Geschäfte wurden unter dem alten Regime und von den Leuten, die gerade Herrn Helfferich nahestehen, nicht nur geduldet, sondern geradezu geachtet. Man hat den Mann, dessen Tatkraft und Arbeitsleistung zweifellos — das erkennen sogar seine intimsten Gegner an — außergewöhnlich war, mit Riesensummen ausgerüstet, um in dem annoch wackeligen Italien von 1914, in neutralen Ländern Personen, Gruppen, öffentliche Meinung einzuhandeln. Solange man dem Grundsatz folgte, der Krieg sei nur eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln, galten die von Herrn Helfferich verworfenen Mittel im politischen Geschäft gerade den führenden Persönlichkeiten bis zur Friedensresolution des Reichstags für durchaus nicht verwerflich. Bis dahin und solange auch Herr Erzberger für Waffen und die andern Eroberer Eroberungen zu erobern trachtete, galt er seinen damaligen Gesinnungsgenossen nicht für einen Schädling, den man beseitigen müsse zum höheren Ruhm des Vaterlandes. Erst seitdem Erzberger zu der Einsicht gelangte, daß der Krieg für uns verloren war und nach dieser Erkenntnis handelte, erst seit dem 17. Juli 1917 ist er von denen verworfen worden, deren Werkzeug er zweifellos bis dahin gewesen war. Sie alle wußten — der Mann bekam nur Spesen, kein Gehalt. Sein Handwerk vernichtete zeitweise alle Skrupel. Und da er allzu gefällig war, hat er auch böse Schieber an die Krippe befördert, zu der heute noch ein Heer von Unberufenen sich mit mehr oder weniger Erfolg drängt. Der Erzberger, der hier mit höchst unzulässigen Waffen gegen Helfferich antreten mußte, war

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200313/1